



Ulrike Guérot, Robert Menasse

Europa: Die Rekonstruktion der Freien Welt

Published 30 March 2016

Original in **German**

First published in **Green European Journal 12 (2016)**

Downloaded from eurozine.com (<https://www.eurozine.com/europa-die-rekonstruktion-der-freien-welt/>)

© Ulrike Guérot / Robert Menasse / Green European Journal / Eurozine

Staatsgrenzen sind Realität -- und für die meisten Menschen etwas Selbstverständliches und geradezu Notwendiges. Aber wie normal sind Grenzen wirklich? Ein zugleich kritischer als auch historischer Ansatz legt nahe, dass es sich hierbei tatsächlich um eine sehr neue Entwicklung handelt. Wird dies erst einmal anerkannt, kann man sich den Gedanken zuwenden, auf welchem Wege "die Anderen" innerhalb unserer Grenzen integriert werden können. Ein radikal-futuristischer Entwurf für europäische Grenzenlosigkeit.

In der politischen Psychologie ist sogar die Schizophrenie normal: ist der Bürger zu Hause, will er die Grenzen seines Staates bestens geschützt und schärfstens kontrolliert wissen. Begibt er sich aber auf Reisen, sollen die Grenzen möglichst durchlässig, ja am besten unsichtbar sein. Er will an Grenzen nicht aufgehalten werden, aber er will, dass andere, die in sein Land kommen, an Grenzen aufgehalten und möglichst zurückgewiesen werden. Das Fremde will er am Zielort seiner Reise als "interessante andere Kultur" erleben, aber zu Hause empfindet er das Andere als Bedrohung "seiner Kultur". Der Bürger kann euphorisch werden, wenn Grenzen plötzlich verschwinden, wie es etwa beim Fall der Berliner Mauer war, überhaupt beim Fall des Eisernen Vorhangs, aber er will die Grenze wieder zurück, wenn Menschen von "drüben" womöglich herüber wollen, auf seinen Arbeitsmarkt. Er selbst fährt "hinüber", wenn er drüben billiger konsumieren kann, aber er versteht nicht, dass Menschen "herüber" wollen, um hier besser zu verdienen. Der besorgte Bürger kann, wenn es um seine Menschenrechte geht, fehlerfrei zitieren, dass sie "universal" seien, gegenüber anderen aber will er sie als bloßes nationales Recht verteidigen. Das ist gegenwärtige "Normalität".



Historisch allerdings sind politische Grenzen alles andere als normal. Im Gegenteil: das System der politischen Grenzen, die heute mehrheitlich als normal angesehen und wieder errichtet und verteidigt werden, ist die historische Ausnahme, und wird in absehbarer Zeit auch wieder als kurzer historischer Sonderfall gesehen werden.

Die Grenzen, die binden

Die sogenannten *vier Freiheiten* (Personenfreizügigkeit, sowie Freizügigkeit für Waren, Dienstleistungen und Kapital), sind die größte Errungenschaft des europäischen Einigungsprojekts nach dem Krieg, aber sie sind kein Novum in der europäischen Geschichte, sondern bloß ein Schritt zur Wiederherstellung historischer Normalität: Denn die Grenzenlosigkeit war der europäische Naturzustand vom Mittelalter bis weit ins 19. Jahrhundert hinein.

Im Mittelalter wanderte der deutsche Reichstag und versammelte die deutschen Kurfürsten in verschiedenen europäischen Städten von Luxemburg bis Prag, die heute nicht alle unbedingt innerhalb der *Grenzen* der heutigen Bundesrepublik liegen. Die mittelalterlichen Studierenden zogen ihren Lehrern hinterher von Rotterdam bis Bologna. Allenfalls Kultur-, Küchen-, Sprach-, Religions- oder geografische Grenzen, nicht aber nationale Grenzen waren in Europa wichtig und augenfällig, aber diese kulturellen Grenzen trennten nicht; im Gegenteil, sie verbanden Europa. Selbst topographische Grenzen wie Flüsse oder Berge schafften es nicht, einheitliche Kulturräume zu trennen: die Basken leben südlich und nördlich der Pyrenäen; die Tiroler südlich und nördlich des Brenners. Der Rhein wiederum entwickelte sich nie zur nationalen Grenze Frankreichs. Sprach- und Religionsgrenzen teilten und teilen Deutschland, ohne je zu politischen Grenzen zu werden. Gleichzeitig konnte man auf Schienen, die hunderte von Kilometern lang *grenzenlos* waren, vom Habsburger Herzland durch Böhmen und Mähren nach Galizien fahren. Vor 1914 hat man kein Visum gebraucht, um mit der Droschke von Paris nach Moskau zu reisen und in Berlin die Pferde zu wechseln, wie Stefan Zweig schrieb. Man musste damals auch kein Geld wechseln – die Gulden nicht und nicht die Taler – oder wäre gar ins 'europäische Ausland' gereist, wenn man die Postkutsche von Wien nach Lemberg nahm und zwischendurch in Budapest halt machte. "Ausland", schrieb Heinrich Mann, "war vor 1914 bloß eine Redensart". Und man konnte ohne Visum von Moskau aus in die Sommerfrische nach Baden-Baden oder Nizza reisen; oder von Berlin an die Kurische Nehrung. Oder auch von Belgrad nach Sofia. Und für alle, die heute ihren Pass für etwas



völlig Normales und Notwendiges halten: das, was wir heute unter einem Pass verstehen, gibt es erst seit dem 21. Oktober 1920. Damals definierte der Völkerbund, wie ein "Passport" ausgestattet und beschaffen sein müsse, um von den Staaten der Welt als Reise- und Grenzübertrittsdokument anerkannt zu werden. Interessant (und leider vergessen) ist die Präambel, die der Völkerbund der Definition eines international anerkannten Passes voranstellte, nämlich: dass die Einführung des Passes nur *vorläufige* Gültigkeit habe, bis zum "complete return to pre-war conditions which the conference hopes to see gradually re-established in the near future".

Die heutige grenzenlose 'Schengen-Zone' als historische Einmaligkeit, als geradezu revolutionäre Errungenschaft der jüngeren europäischen Integrationsgeschichte zu sehen, ist darum irreführend. Im Gegenteil: Die Erinnerung daran, dass jahrhundertlang europäische Grenzenlosigkeit selbstverständliche Normalität war, ist wichtig, um überhaupt diskutieren zu können, was dieser *europäische Raum heute* sein soll, nämlich was er immer schon war: ein Palimpsest aus Grenzen, die aber keine sind, sondern die lediglich die Kulturräume definierten, die aus der kulturellen *Vielfalt* in Europa immer *den einen europäischen Raum* gemacht haben.

Sich daran zu erinnern, ist auch wichtig, um diskutieren zu können, wie dieser europäische Raum mit der Flüchtlingskrise umgehen kann - und sollte.

Europäische Geschichte - und die heutige europäische Realität

Würden die Europäer die europäische Geschichte kennen, und nicht bloß das, was sie kennen, für normal halten, dann hätten sie selbstverständlich diesen Wunsch: den jahrhundertlangen historischen *Normalzustand von Grenzenlosigkeit* in Europa *wieder* zu errichten, der erst durch die zwei Weltkriege, durch den 'zweiten dreißigjährigen Krieg' Europas, im 20. Jahrhundert brutal und blutig zerstört wurde. Genau davon aber entfernt sich die EU heute in rasantem Tempo, und zwar nicht erst seit der so genannten Flüchtlingskrise, die zum Anlass genommen wird, wieder an das finsterste Kapitel der Geschichte der europäischen Neuzeit anzuschließen: durch Grenzkontrollen, Grenzsperrern, gar durch Bau von Zäunen und Mauern innerhalb Europas. Tatsächlich ist im europäischen Diskurs schon früher die Ambition verloren gegangen, die EU als Projekt zu sehen, dessen



Gründungsabsicht es war, Europa wieder zu europäisieren und die Nationalstaaten zu überwinden. Das hat viele Gründe: die gegenwärtigen politischen Eliten sind zu jung, um die Gründungsabsicht des Europäischen Projekts mitbekommen zu haben, aber sie sind zu alt, um sich etwas anderes vorstellen zu können als das Gewohnte, das nationale System, in dem sie ihre Karrieren gemacht haben. Irgendwie wissen sie, oder wird ihnen gesagt, dass ein vollständiges Scheitern der Union zu schwerem ökonomischen Schaden führen würde – für ihre jeweilige Nationalökonomie. Bei allem anderen aber könne und müsse man bei Bedarf wieder Abstriche machen. Und was sie definitiv wissen, ist, dass sie nur in nationalen Wahlen gewählt werden, weshalb sie die Fiktion nationaler Interessen aufrecht erhalten müssen, um Zustimmung der Wähler zu ihren Ämtern, allerdings nicht zum europäischen Projekt, zu organisieren.

‘Soviel Europa wie möglich, so viel Nationalstaat wie nötig’, so eröffnete der niederländische Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans zu Beginn des Jahres die niederländische Ratspräsidentschaft. Das spricht für nicht viel Ehrgeiz bei der nationalen Grenzüberwindung, gar vom Fernziel einer Auflösung nationaler Grenzen, von dem die Gründungsväter der EWG, Jean Monnet oder Walter Hallstein, noch geträumt hatten.

Die Flüchtlinge nun verschärfen auf eigentümliche Art diese nationale Regression. Wo eine europäische Lösung der Flüchtlingsfrage nicht in Sicht ist – weder bei der Verteilung der Flüchtlinge in Europa, noch, wenigstens, bei der gemeinsamen Sicherung der Außengrenzen, wie jetzt vielfach gefordert – und wo auch eine gemeinsame und kohärente europäische Außenpolitik auf sich warten lässt, bleibt nur die *Flucht* in den *nationalen Rückzug*, die aber de facto nur denjenigen europäischen Staaten möglich ist, die keine EU-Außengrenze haben, also z.B. Ungarn oder Dänemark. Aber Griechenland oder Italien oder die Länder auf der Balkanroute – ob EU oder nicht – haben keine Wahl: sie werden von Flüchtlingen überrannt, ganz egal, was sie tun, um das zu verhindern – denn solange die EU sich nicht entschließt, Stacheldraht auf Mittelmeerstränden zu verlegen oder Flüchtlingsboote mit Waffengewalt abzuwehren, kann die Wassergrenze der EU nach Süden gar nicht ‘geschützt’ werden: die EU kann sich nicht vom Mittelmeer abschneiden, das übrigens als *Mare Nostrum* kulturgeschichtlich das europäische Meer schlechthin ist – und von dessen Handelsrouten sich die EU keinesfalls abschneiden will.

Die Frage ist heute also, wie man in Zukunft organisatorisch damit umgehen



will, dass Europa offene Grenzen für den Handel will und braucht, aber nicht für Menschen? Die Tatsache, dass durch die bereits stattgefundenen und weiter zu erwartenden Grenzschießungen innerhalb der EU jetzt auch z.B. der LKW-Verkehr – und damit Wirtschaft, Produktion, Handel und Konsum und letztlich unser Lebensstandard – betroffen (und bedroht) sein könnten, und dass sich geschlossene Grenzen auf Heller und Pfennig buchhalterisch als Verlust beziffern lassen; dass *just-in-time* Management und knappe Lagerhaltung nur möglich sind, wenn LKWs eben nicht durch langes Warten Zeit hinter Grenzzäunen verlieren, das alles dämmert inzwischen den Wirtschaftsministern der Nationalstaaten. Aber eine Grenze, die für LKWs offen, für Flüchtlinge indes geschlossen ist, die kann es nicht geben. Schließung ist also nicht machbar und mithin keine Lösung, Obergrenzen auch nicht. Der EU bleibt realistisch nur die Öffnung – sie wird ihren Raum und sprichwörtlich ihre Welt teilen müssen, mit den anderen, den Menschen, die nach Europa wollen.

Das Verschmelzen von Asyl- und Bürgerrechten

Derzeit sind 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht vor Krieg, Hunger und Misere. Die USA, Australien oder Kanada, die jeweils nur rund 10.000 Flüchtlingen pro Jahr Asyl gewähren wollen, haben de facto die Genfer Flüchtlingskonvention aufgekündigt: nämlich dass sich die Staatenwelt gemeinsam um die Flüchtlinge kümmert und dass jeder Flüchtling ein Anspruch auf Asyl hat. Gleichzeitig wird deutlich, dass Asyl- und Bürgerrechte in Zukunft immer mehr miteinander verschmelzen werden: aus Bürgerrechten ergeben sich soziale Anspruchsrechte für Staatsbürger; aus dem Asylrecht menschliche Grundrechte auf Aufnahme und Versorgung jenseits von Staatsbürgerschaft, und beides fällt immer mehr zusammen: Jeder hat ein Recht auf Heimat und Sicherheit. In Zeiten des globalen Nomadentums und der notwendigen Suche nach einer neuen Heimat für Viele heißt die entscheidende Frage damit: wie kann man diesen Prozess friedlich und für alle menschengerecht organisieren?

Die belgische Psychoanalytikerin *Luce Igaray* prägte den Begriff “Welt teilen” als moderne Fortschreibung des Kant’schen ‘Weltgastrecht’, das davon ausgeht, dass alle Menschen – gleich geboren – mithin das gleiche Recht haben, prinzipiell überall auf der Welt leben zu dürfen. Gegenüber diesem Menschenrecht können Staaten also nicht die territoriale Daseinsberechtigung für Menschen definieren. In der Zukunft wird es darum gehen müssen, exterritoriale Demokratie zu organisieren, und den Anspruch



der Menschenrechtsdeklaration einzulösen: dass die Anerkennung der Menschenrechte nicht abhängig von bestimmter 'Staatsbürgerschaft' ist.

Die angekündigte Klimakatastrophe, mit allen Folgen der globalen Bodenverknappung, wird die Nationalstaaten noch stärker unter Druck setzen: das Insistieren auf territorialer Staatlichkeit, als Privileg, innerhalb von staatlichen Grenzen Grund und Boden für *die eigenen* Staatsbürger (und für Millionäre, die sich einkaufen) zu reservieren, wird nicht durchzuhalten sein. Das gilt auch für den europäischen Raum. Es geht also um das globale *Recht auf Heimat* und *Teilhabe aller* an der globalen Allmende jenseits von Staaten, um die Organisation von Heimat in Zeiten von permanenter Migration.

Jeder Mensch muss also in Zukunft das Recht haben, nationale Grenzen zu durchwandern und sich dort niederlassen können, wo er will, zumal die globalisierte Welt ohnehin für *alles andere außer für Menschen* schon ein einziges System der Vernetzung, der Durchlässigkeit und der Grenzenlosigkeit ist: von Pipelines über Breitband, vom *high speed* Handel der Finanzmärkte bis hin zu den *supply chains* der Warenprodukte funktioniert alles de facto schon längst unbehindert von nationalen Grenzen. Diese Tatsache in einem neuen politisch-institutionellen System abzubilden, ist jetzt die Herausforderung. Es geht also darum, die vielfältige und vielschichtige globale Vernetzung *politisch* ausgestalten, anstatt nationale *Reviere* abzugrenzen, die sich mit der Kant'schen Logik nicht begründen lassen. Es geht um einen *Verbund* von Heimaten: Im Verbund mit inbegriffen sind Verbindlichkeit und Verbundenheit: Recht und Norm. Rechtliche Verbindlichkeit verpflichtet alle auf eine Verfassung; normative Verbundenheit ermöglicht die Beteiligung an dem, was alle betrifft. Jeder hat Teil am Vorhandenen, und jeder bringt das Seine ein. Es geht um die freie Organisation von *Otherness* in verbindlichem Rechtszustand, in den Worten von *Luce Igaray*, das heißt um die neuartige Ausgestaltung eines direkten *Konnexes* zwischen dem *Lokalen/ Regionalen* und dem *Globalen* jenseits von Staaten, und mithin um eine Verschmelzung von Asyl- und Menschenrechten. Dabei entsteht ein grenzenloser Transit-Raum. Europäisch wäre künftig nicht die Rettung völkischer Homogenität durch homogene Völker, sondern europäisch wäre die Auflösung der Grenze als Grenze des Homogenen. Geschaffen wird damit ein gigantischer Möglichkeits-Raum an *nebeneinander* real existierenden Lebensentwürfen und Modellen. Segregation ist auch eine Form von Toleranz, lehrt uns die Soziologie. Vor diesem Hintergrund wäre die Frage, ob die derzeit auf

Integration ausgerichtete Flüchtlingspolitik der EU, die das Risiko großer, gesellschaftlicher Unruhe birgt, die richtige Strategie ist.

‘Anderen’ Raum geben: Städte für MigrantInnen

Werfen wir einen Blick in die jüngere Geschichte, um uns von Lösungen inspirieren zu lassen, die sich bereits als nachhaltig erwiesen haben: was haben europäische Migranten gemacht, die während der Hungersnöte und politischen Krisen im 18. und 19. Jahrhundert in Massen in die Neue Welt ausgewandert sind, Iren, Italiener, Balten, Deutsche...? Sie haben dort *ihre Städte* neu gebaut.

Überall in Amerika finden wir Städtenamen wie New Hannover, New Hampshire, New Hamburg usw. Die Italiener haben in Little Italy in New York ein ganzes Stadtviertel okkupiert. Niemand ist damals auf die Idee gekommen, Familien zu trennen oder in verschiedene Unterkünfte einzuquartieren oder über Familiennachzug zu feilschen. Niemand hat einen Asylantenstatus bekommen, hat staatliches Geld erhalten, wurde auf einen Sprachkurs oder gar eine ‘Leitkultur’ verpflichtet. Die europäischen Flüchtlinge sind einfach in einer *neuen* Heimat angekommen und haben dort ihre *alte* Heimat nachgebaut. Daraus können wir lernen.

Wie wäre es, wenn Flüchtlinge in Europa Bauland zugewiesen bekämen, benachbart zu den europäischen Städten, aber in einem Abstand, der die *Andersartigkeit* wahrt. Damit würde man einen Möglichkeitsraum an nebeneinander real existierenden Lebensentwürfen und Modellen schaffen. So entstehen Neu-Damaskus und Neu-Aleppo, Neu-Madaya usw. inmitten von Europa. Oder auch Neu-Diyarbakir oder Neu-Erbil und Neu-Dohuk für die kurdischen Flüchtlinge. Vielleicht auch Neu-Kandahar oder Neu-Kunduz für die afghanischen Flüchtlinge oder Neu-Enugu oder Neu-Ondo für die nigerianischen Flüchtlinge. Europa ist groß (und demnächst leer) genug, um ein dutzend Städte und mehr für Neuankömmlinge aufzubauen. Wir stressen uns nicht mit Integration. Wir pferchen die Flüchtlinge nicht in unsere - teilweise heruntergekommenen - Vororte oder in unsere - teilweise zersiedelten und verödeten - Landschaften im ländlichen Niemandsland. Wir konzentrieren sie nicht da und dort in Heimen, die abzufackeln das Herz nationaler Patrioten wärmt. Wir spielen ihr Recht auf Behausung und ihr Recht auf Arbeit in der neuen Heimat nicht gegen Wohnungen und Jobs für das untere Viertel unserer eigenen Gesellschaft aus. Wir reiben uns nicht



aneinander und nicht gegeneinander auf. Kurz: wir verzichten auf *Integration*. Wir respektieren *Andersartigkeit* – und lassen die Neuankömmlinge in ihrer Andersartigkeit allein.

Die Neuankömmlinge kümmern sich dann um sich selbst, ganz entsprechend ihrer Kultur, Küchen, Musik und ihrer gesellschaftlichen Strukturen. Sie bauen in Europa ihre Städte wieder auf, ihre Plätze, ihre Schulen, ihre Theater, ihre Krankenhäuser, ihre Radiostationen und ihre Zeitungen. Die syrischen Ärzte sind wieder Ärzte, ohne eine deutsche Approbatur zu brauchen, die kurdischen Lehrer sind wieder Lehrer, die Rechtsanwälte Rechtsanwälte, die Bäcker Bäcker usw. Dabei gilt das Recht der EU für alle. Das ist allerdings wichtig: *Aequum ius*, der gemeinsame gleiche Rechtszustand – für alte EU-Bürger wie für die Neuankömmlinge. Statt Leitkultur *civic rights* für alle.

Europa gibt Bebauungsland als Starthilfe, das erschlossen ist, also angebunden an Infrastruktur – Energie, ICT, Transport – das aber ansonsten frei zur Gestaltung durch die Neuankömmlinge ist. Das ganze Geld, das wir jetzt ausgeben für Integrations- und Sprachkurse, für Zäune und Grenzschutz, für Sicherheitsmaßnahmen oder Polizei, gibt Europa den Flüchtlingen als Starthilfe. Da Städtebau nicht so schnell geht, hilft Europa, unterstützt durch den UNHCR, zunächst mit Behelfsbehausungen, also genau solchen Wohncontainern, die auch jetzt bereitgestellt werden. Stadtplaner, die sich mit Flüchtlingscamps beschäftigen und diese erforscht haben, berichten, dass aus *Flüchtlingscamps* nach kurzer Zeit *Städte* werden, wenn man die Flüchtlinge nur allein lässt. Der Städtebau scheint in der Natur des Menschen zu liegen. Im Libanon wurden in den Millionen-Camps schon nach wenigen Wochen die sorgfältig rechteckig aufgestellten UNHCR-Container umgestellt und zurechtgerückt. Es entstanden große Verkehrsachsen und kleine Nebenstraßen – die Hauptstraße in einem libanesischen Flüchtlingscamp z.B. wurde *Champs Elysée* getauft. Aus dem nichts entstand Handel, entstanden kleine Boutiquen, wurde Schrottmaterial von gewieften Tüftlern und Bastlern zu Mopeds umgebaut; auf einmal gab es kleine Theater oder Tanzfeste. Es dauert, so sagen Experten, keine sechs Monate, dann wird aus einem Flüchtlingscamp eine Stadt.

Das Ausmalen neuer Welten

Wer einmal ein neues Zuhause hat, will bleiben. Die Sorge, man hätte dann streunende Horden von Flüchtlingen auf europäischen Straßen, vor denen



man (bzw. eher *frau*) sich permanent schützen müsste, dürfte dann eher eine fehlgeleitete Annahme sein. Kurz: es geht um ein buntes Europa, ein respektvolles Nebeneinander, einen *Verbund von Andersartigkeit* unter gleichem europäischen Recht, ein kreatives Netz von Vielfalt.

Im Lauf der Zeit würden sich die Bewohner der verschiedenen Städte auf ganz natürliche Art und Weise mischen. Die Neuankömmlinge würden in die nahegelegenen 'europäischen' Städte zur Arbeit pilgern. Oder sie machen dort ihre Boutiquen auf, treiben Handel mit dem, was sie herstellen. Niemand bräuchte Asylgeld. Die Bewohner der alteingesessenen Städte werden neugierig. Die Neuankömmlinge haben anderes, interessantes Essen, das eine oder andere unbekannte Gewürz. Künstler kommen, um zu schauen, zu malen und zu dichten. Es entstehen *hipster* Cafés. Studenten, die billigen Wohnraum suchen, werden ihre WGs in Neu-Damaskus einrichten. Dann kommen die ersten Lieben, danach die ersten Kinder. Dann die ersten Elternbesuche. Drei Generationen später – solange dauert es meistens – haben die Kindeskinde der ersten Generation Neuankömmlinge die Sprache der neuen Heimat gelernt, einfach, weil es praktischer ist. Normalerweise dauert es drei Generationen. Um 2089, also 100 Jahre nach dem Fall der Mauer und des eisernen Vorhangs in Europa, könnte das schon ganz schön aussehen! Weitere hundert Jahre später erinnert – ähnlich New Hannover oder Paris, Texas oder Vienna, Virginia in den USA heute – wahrscheinlich nur noch der Stadtname daran, dass die Stadtgründer einst aus einer anderen Welt kamen.

Auch wenn diese Vision radikal utopisch und trotz aller historischen Erfahrungen geradezu verrückt klingt – so wird es früher oder später kommen. Die Frage ist nur, ob wir die Zukunft gestalten wollen oder ob wir sie erleiden müssen.